

17. Januar 2008

Presseinformation ▪ Presseinformation

EMB warnt vor negativen Folgen der geplanten Revision des CO₂ Emissionshandelssystem für Europas energieintensive Industrien

Der Europäische Metallgewerkschaftsbund (EMB) unterstützt die Anstrengungen der Europäischen Union, die Emission von Treibhausgasen spürbar und dauerhaft zu senken. „Der Klimawandel ist eine der großen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts und es ist gut, dass Europa hier eine Vorreiterrolle übernimmt“, erklärt der Generalsekretär des EMB, Peter Scherrer. Der Hinweis auf die zurückhaltende Position anderer Länder, allen voran die USA und die großen rasant wachsenden Volkswirtschaften in China und Indien, könne keine Entschuldigung für Untätigkeit sein. Die Ressourcen- und Emissionseffizienz der europäischen Industrie zahle sich nicht nur umweltpolitisch aus, sondern sichere Europa einen technologischen Vorsprung, der sich positiv auf die Wettbewerbsfähigkeit auswirkt. „In Fragen der ökologischen Nachhaltigkeit der Produktion sind in den vergangenen Jahrzehnten erhebliche Fortschritte erzielt worden; aber ähnlich wie bei anderen Themen nicht aus einer inneren Einsicht der Industrie heraus, sondern durch massiven politischen und gewerkschaftlichen Druck“, so Scherrer.

In einem Schreiben an José Manuel Barroso, den Präsidenten der Europäischen Kommission fordert der EMB, dass die Kommission bei ihren Bemühungen um den Klimaschutz gleichzeitig sicherstellt, dass Europa auch zukünftig ein Standort industrieller Produktion mit nachhaltiger Beschäftigung ist. „Die europäische Stahlindustrie ist weltweit führend in Qualität und Produktivität, sie ist ein Motor technischer Innovationen und darum eine der wichtigen Schlüsselindustrien für die europäische Wirtschaft“, so Scherrer in seinem Schreiben an die EU Kommission.

Grundsätzlich sieht der EMB im Emissionshandelssystem (ETS) ein geeignetes System, die Emission von Treibhausgasen nach dem Verursacherprinzip zu bewerten. Anreize für Investitionen und Innovation von Umwelttechnologie können allerdings nur durch die Kombination von Marktanreizen mit anderen industriepolitischen Maßnahmen geschaffen werden, etwa durch ordnungspolitische Regulierungen, finanzielle Anreize und staatlicher Forschungs- und Entwicklungstätigkeit. Zudem müsse der Emissionshandel an die Anforderungen der einzelnen Industriesektoren angepasst werden.

1/2

PRESS 2/2008

Press Release

Die Pläne von Umweltkommissar Stavros Dimas zur Revision des ETS für die Zeit nach 2012 weisen aus Sicht des EMB jedoch eindeutig in die falsche Richtung. Die Auktionierung von Emissionszertifikaten führt zu hoher Planungsunsicherheit insbesondere für energieintensive Industrien wie die Stahl- und Nichteisenproduktion. Die Reduzierung der prozessbedingt anfallenden CO₂-Emissionen ist ebenso wie die Effizienzpotentiale der europäischen Hersteller weitestgehend ausgeschöpft. Bedingt durch erhebliche Belastungen der europäischen Stahlindustrie dürften Investitionen in Europa hinausgezögert beziehungsweise die Produktion direkt ins Ausland verlagert werden. „Stahl und Aluminium aus China zu importieren mag zwar das umweltpolitische Gewissen der Kommission beruhigen, für die weltweiten CO₂-Emissionen wäre dies aber fatal“, so Peter Scherrer. Die Pläne des Kommissionsentwurfs, im Jahr 2011 die Folgen eines möglichen Kyoto-Nachfolgeabkommens zu evaluieren, greift aus Sicht des EMB zu kurz, da bis dahin schon massive Verlagerungen zu erwarten sind.

Der EMB favorisiert ein Zuteilungssystem für energieintensive Industrien nach dem so genannten Benchmark-Modell. Dabei wird der aktuelle Stand der Technik als Maßstab gesetzt und entsprechende Emissionsrechte kostenfrei zugeteilt. Darüber hinausgehende Emissionen müssen vom Hersteller erworben werden, womit ein Investitionsanreiz in emissions-effiziente Anlagen gesetzt ist. Durch ein Abgabensystem können auch Importeure in das System mit einbezogen werden, die Güter aus emissionsintensiver Produktion nach Europa einführen wollen. Ein solches System lasse sich auch in ein weltweites Kyoto-Nachfolgeabkommen zur CO₂-Reduktion überführen. „Die Möglichkeiten der EU auf ein solches Abkommen hinzuwirken dürften drastisch sinken, sobald sich Europa als Hersteller von Stahl und Nichteisenmetallen vom Weltmarkt verabschiedet hat. Die europäischen Metallgewerkschaften werden in ihren Anstrengungen nicht nachlassen, dass Schlüsselindustrien wie die Stahlindustrie auch weiterhin in Europa eine Zukunft haben“, so Scherrer abschließend.

2/2

Der EMB ist das Organ zur Verteidigung der Interessen der Arbeiter der Europäischen Metallindustrie. Der EMB hat ein Mandat für die Außendarstellung und die Koordination der Gewerkschaften und ein Mandat sich mit Tarifverhandlungen auf europäischer Ebene zu befassen.

Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an:
Herausgeber, Peter Scherrer, EMB Generalsekretär
Dirk Bergrath, Policy Advisor +32.2.227 1052